



Bundesanstalt für Arbeitsschutz
und Arbeitsmedizin

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
Vergabestelle
Nöldnerstr. 40-42
10317 Berlin

Anschreiben und vergaberechtliche Hinweise

**Offenes Verfahren: „Erstellung eines systematischen Reviews zum Thema:
„Das respiratorische Mikrobiom des Menschen“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Auftraggeberin (Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin – BAuA -) beabsichtigt, die folgende Leistung im Offenen Verfahren zu vergeben:

Sofern Sie an einer Auftragserteilung interessiert sind, bitte ich um Einreichung Ihres Angebotes über das Deutsche Vergabeportal <https://dtpv.de/>.

Angebotsabgabefrist: 15.06.2026, 10:00 Uhr.

Bieterfragen sollen bis spätestens 21.05.2026 eingereicht werden.

Beantwortung der Bieterfragen erfolgt bis spätestens 01.06.2026.

Bindefrist: 31.08.2026

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot wird auf Grundlage der Bewertungskriterien aus den Vergabeunterlagen ermittelt.

Nachfolgend finden Sie alle für die Ausschreibung relevanten Informationen und Termine.

Die Vergabestelle der BAuA

Vergaberechtliche Hinweise - EU

1. Einführung

Dieser Leitfaden soll helfen, Fehler bei der Angebotserstellung zu vermeiden.

Die Vergabeunterlagen umfassen folgende Dokumente:

- Anlage 1. Anschreiben und Vergaberechtliche Hinweise - EU
- Anlage 2. Angebotsformular
- Anlage 2a. Gliederung Projektangebot
- Anlage 2b. Kostenplan
- Anlage 3. Eignungskriterien
- Anlage 4. Bewertungskriterien
- Anlage 4a. Matrix Ermittlung Preis-Leistungsverhältnis
- Anlage 5. Leistungsbeschreibung
- Anlage 6. Unternehmensangaben und Eigenerklärungen EU
- Anlage 6a. Eigenerklärung VO-2022-833
- Anlage 7. Mustervertrag über forschungsbasierte Leistungen
- Anlage 8. DSGVO Information
- Anlage 9. ZAV 09_2025
- Anlage 10. 11VgV Informationspflicht

2. Informationsmanagement

- (1) Die Bieter haben die Vergabeunterlagen unverzüglich nach Abruf auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Angebots beeinflussen können, so hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen.
- (2) Die Vergabeunterlagen sind in deutscher Sprache verfügbar. Das Vergabeverfahren und ein im Ergebnis des Vergabeverfahrens geschlossener Vertrag unterliegen ausschließlich deutschem Recht.
- (3) Das Vergabeverfahren inklusive der Kommunikation zwischen Bieter und Auftraggeberin wird elektronisch über das Deutsche Vergabeportal <https://dtvp.de/> abgewickelt (im Folgenden kurz „Vergabepattform“).
- (4) Die Informationen, die der öffentliche Auftraggeber den Unternehmen aufgrund des aufgrund des § 11 Abs. 3 der Vergabeordnung (VgV) zur Verfügung stellen muss, entnehmen Sie bitte der Anlage „Informationen nach § 11 Abs. 3 VgV“.

- (5) Über die Vergabeplattform können die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden. Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist gemäß [§ 9 Abs. 3 S. 2 VgV](#), [§ 41 Abs. 1 VgV](#) keine Registrierung erforderlich. Jedes interessierte Unternehmen muss sich jedoch nach [§ 9 Abs. 3 S. 1 VgV](#) auf der Vergabeplattform registrieren, um regelmäßig über zusätzliche Auskünfte zu den Vergabeunterlagen informiert zu werden. Die jeweils gültigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Deutschen Vergabeportals (insbesondere die Nutzungsvoraussetzungen für Bieter und Erklärungen zum Datenschutz) sind zu beachten. Weiterführende und hilfreiche Informationen finden Sie auch unter <https://www.cosinex.de/vergabewissen/videotutorials/>.
- (6) Fragen zum Vergabeverfahren sind ausschließlich über die Vergabeplattform zu stellen. Telefonische Anfragen oder Anfragen per Post, E-Mail etc. werden nicht beantwortet und können bei Vorliegen der Voraussetzungen des [§ 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. a\) GWB](#) zum Ausschluss führen. Antworten auf Bieterfragen werden, soweit sie wichtige Informationen für die Angebotserstellung enthalten, in anonymisierter Form allen Bietern, die sich auf der Vergabeplattform registriert haben, zeitgleich auf der Vergabeplattform mitgeteilt. **Bieterfragen** sollen bis spätestens **21.05.2026** eingereicht werden. Die **Beantwortung der Bieterfragen** erfolgt bis spätestens **01.06.2026**. Somit wird gewährleistet, dass allen Bietern genügend Zeit für die Erstellung der zur Angebotsabgabe erforderlichen Unterlagen zur Verfügung steht.

3. Ablauf des Vergabeverfahrens

- (1) Interessierte Unternehmen sind aufgefordert, auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein Angebot zu erarbeiten und dieses form- sowie fristgerecht auf dem dafür vorgesehenen elektronischen Weg über die Plattform <https://dtvp.de/> einzureichen.

Eine Einreichung des Angebots auf dem Postweg, auf anderem elektronischem Weg als über die Plattform <https://dtvp.de/>, insbesondere per unverschlüsselter E-Mail oder per Telefax oder über die Nachrichtenfunktion der Plattform <https://dtvp.de/> ist unzulässig, auch nicht ergänzend zu einem elektronisch eingereichten Angebot. Ein Verstoß hiergegen führt zum Ausschluss des Angebots.

Etwaige Ergänzungen, Änderungen oder Berichtigungen im Angebot sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist möglich und müssen in elektronischer Form über die Plattform <https://dtvp.de/> eingereicht werden. Angebote können auf diesem Weg auch bis zum Ablauf der Angebotsfrist zurückgenommen werden.

- (2) Die Öffnung der Angebote erfolgt unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist. Bieter sind zur Angebotsöffnung nicht zugelassen.
- (3) Die Angebote werden zunächst auf die Einhaltung der formalen und inhaltlichen Anforderungen gemäß [§ 56 Abs. 1 VgV](#) geprüft. Unterlagen können unter den Voraussetzungen des [§ 56 Abs. 2 bis 4 VgV](#) nachgefordert werden. Von den Bietern kann die Aufklärung über das Angebot verlangt werden. Verhandlungen über die Angebote sind ausgeschlossen, s. [§ 15 Abs. 5 S. 2 VgV](#).

4. Anforderungen an das Angebot

- (1) Ein vollständiges Angebot besteht – soweit nicht ausdrücklich anders angegeben – aus folgenden Unterlagen:
 - **Angebotsformular** vollständig ausgefüllt und unterschrieben (Anlage 2)
 - **Angebot** gemäß Leistungsbeschreibung. Im Angebot soll die Umsetzung der Leistung ausführlich und strukturiert unter Berücksichtigung der gestellten Anforderungen dargelegt werden.
 - Dokument „**Gliederung Projektangebot**“ (Anlage 2a).
 - Dokument „**Kostenplan**“ (Anlage 2b)
 - **Angaben und Erklärungen, Nachweise, Referenzen** Ihre Eignung festzustellen (gem. Anlage 3)
 - Dokument „**Unternehmensangaben und Eigenerklärungen EU**“ (Anlage 6)
 - Dokument „**Eigenerklärung-VO-2022-833**“ (Anlage 6a)
 - Evtl. weitere Unterlagen, welche eine Bewertung Ihres Angebotes bezüglich der bekanntgegebenen Bewertungskriterien ermöglichen (siehe hierzu Anlage 4 und 4a).
- (2) Das Angebot hat die geforderten Angaben und Erklärungen vollständig zu enthalten ([§ 53 Abs. 7 S. 2 VgV](#)) und ist rechtzeitig über die Vergabepattform einzureichen.
- (3) Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Die gesamte Kommunikation ist in deutscher Sprache zu führen. Für Angaben und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache gefasst sind (z.B. Bescheinigungen ausländischer Behörden), sind neben Kopien der fremdsprachigen Originale auch Übersetzungen in die deutsche Sprache beizufügen. Angebote sind in deutscher Sprache zu erstellen.
- (4) Die Bieter müssen die beigefügten Formblätter verwenden. Die zur Angebotserstellung zu verwendenden Formblättern sind gegen Veränderungen geschützt. Die Formblätter sind an den vorgesehenen Stellen auszufüllen.
- (5) Die Bieter kalkulieren die geforderten Preise und tragen diese vollständig in die vorgesehenen Felder des Preisblattes ein. Durch die angegebenen Preise sind alle vertraglichen Leistungen, insbesondere auch Nebenleistungen, Nebenkosten und

sonstige Auslagen etc. abgegolten, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

- (6) Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- (7) Für die Bearbeitung und Erstellung des Angebots sowie für die Durchführung des Vergabeverfahrens entstehende Kosten der Bieter werden nicht erstattet.
- (8) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- (9) Das vollständige Angebot ist in Textform nach [§ 126b BGB](#) über die Vergabepattform auf dem dafür vorgesehenen Weg zu übermitteln. Hierfür ist die Eintragung des Klarnamens des Unterzeichners, welcher die Erklärung abgibt sowie des Namens der Firma, für welche diese Person handelt an den hierfür vorgesehenen Stellen auf den zu verwendenden Formblättern ausreichend. Das Angebot muss nicht elektronisch signiert werden.

Mit der Unterzeichnung des Angebotsschreibens durch den Bieter gelten alle eingereichten Erklärungen als unterzeichnet. Nachunternehmen sowie Mitglieder von Bietergemeinschaften müssen hingegen auch die geforderten Eigenerklärungen unterzeichnen.

- (10) **Die Angebotsfrist endet am 15.06.2026, um 10:00 Uhr.** Angebote, die verspätet eingehen, werden vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang ist durch Umstände verursacht worden, die nicht vom Bieter zu vertreten sind ([§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV](#)). Derartige Gründe sind vom Bieter glaubhaft zu machen. Individuelle Fristverlängerungen sind ausgeschlossen.
- (11) Will der Bieter ein Angebot, das bereits abgegeben wurde, innerhalb der Angebotsfrist ändern, so hat der Bieter sein bereits abgegebenes Angebot zurückzuziehen und ein neues Angebot innerhalb der Angebotsfrist abzugeben.
- (12) **Die Auftraggeberin strebt unverbindlich an, den Zuschlag frühestmöglich, spätestens bis zum 31.07.2026 zu erteilen. Die Bieter sind bis zum 31.08.2026 an ihre Angebote gebunden (Bindefrist).**
- (13) Im Rahmen des Vergabeverfahrens erbetene personenbezogene Angaben werden ausschließlich hierfür verarbeitet und gespeichert. Die von den Bietern zu leistenden Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung der Angebote. Auf das beigefügte Informationsblatt zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (Anl. 8 - DSGVO Information) wird hingewiesen.

- (14) Angebotsinhalte unterliegen auch nach Abschluss dieses Vergabeverfahrens der Vertraulichkeit.
- (15) Eine Vergabe in Losen ist nicht vorgesehen.
- (16) Angebote, die die Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung und Anlagen zur Leistungsbeschreibung nicht vollständig enthalten, werden gemäß [§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV](#) ausgeschlossen.

5. Bietergemeinschaften, Unterauftragnehmer

- (1) Die Verfahrensteilnahme in gemeinschaftlicher Form (Bietergemeinschaft) ist zulässig. Eine Bietergemeinschaft wird wie ein Einzelbieter behandelt ([§ 42 Abs. 2 S. 1 VgV](#)). Soweit in den Vergabeunterlagen von Bietern gesprochen wird, sind damit sowohl Einzelbieter als auch Bietergemeinschaften gemeint.
- (2) Im Angebot haben die Mitglieder der Bietergemeinschaft im Formblatt **Eigenerklärungen und Unternehmensangaben** einen bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu benennen. Der bevollmächtigte Vertreter steht in diesem Vergabeverfahren als Kontaktperson der Bietergemeinschaft zur Verfügung.
- (3) Die Prüfung der Eignung erfolgt unter Berücksichtigung sämtlicher von der Bietergemeinschaft eingereichten Unterlagen.
- (4) Der Einsatz von Unterauftragnehmern ist gemäß [§ 36 VgV](#) zugelassen. Bei geplanter Übertragung von Teilen der ausgeschriebenen Leistung oder des gesamten Leistungsumfangs auf Unterauftragnehmern ist für jedes Unternehmen mit dem Angebot **einzureichen**:
 - **Erklärung des Bieters über Art und Umfang der zu übertragenden Leistung an den Unterauftragnehmer**
 - **Nachweis aller im Zusammenhang mit den zu erbringenden Leistungsteilen stehenden Anforderungen an den Bieter (Eignungskriterien) gemäß Anlage 3.**
 - **Formulare zu Unternehmensangaben und Eigenerklärungen (Anlage 6 und 6a) des Unterauftragnehmers**
- (5) Die Zustimmung zum Einsatz des Unterauftragnehmers wird abhängig von der Vorlage der o.a. Belege gemacht. Die Auftraggeberin behält sich vor, einen Unterauftragnehmer wegen mangelnder Eignung und beim Vorliegen von

Ausschlussgründen abzulehnen. Unvollständige oder fehlende Belege führen ebenfalls zur Ablehnung.

6. Eignung

- (1) Die Auftraggeberin prüft die Eignung der Bieter und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen anhand der geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

Alle zur Eignungsprüfung einzureichenden Angaben, Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Eignungskriterien (Anlage 3).

- (2) Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, von den Bietern zur Überprüfung der abgegebenen Eigenerklärungen Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu verlangen.
- (3) Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den [§ 123 GWB](#) und [§ 124 GWB](#) kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an einem Präqualifikationssystem erfolgen.
- (4) Die Auftraggeberin prüft die Eignung des Bieters gesamthaft unter Berücksichtigung der vom Bieter eingereichten Nachweise und Angaben. Als geeignet gilt ein Unternehmen, wenn auf Grundlage der von ihm eingereichten Nachweise und Angaben damit zu rechnen ist, dass das Unternehmen die zu erbringenden Leistungen vertragsgemäß ausführen wird.

7. Zuschlagskriterien und Gewichtung

Der Zuschlag (Z) wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses anhand der einfachen Richtwertmethode. Die Zuschlagskriterien, die Gewichtung und die zu erreichenden Leistungspunkte sind in Anlage 4 und 4a aufgeführt.

Es wird der fiktiver Wertungspreis WP in EUR (netto) aus der Gesamtsumme aller Preise gemäß Anlage 2b „Kostenplan“ gebildet. Bewerben sich Bieter mit unterschiedlichen Mehrwertsteueranteilen, findet eine Bruttopreisbetrachtung der Angebote statt. Sofern sich Bieter aus dem Ausland beteiligen, erfolgt die Wertung ebenfalls anhand der Bruttopreise. Gegebenenfalls durch die BAuA zu zahlende Mehrwertsteueranteile werden dabei auf den Nettopreis des Bieters hinzugerechnet werden. Die Summen sind im Angebotsformular (Anlage 2) einzutragen. Der WP dient ausschließlich der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots in diesem Vergabeverfahren und muss nicht mit den zu erzielenden Umsätzen während der Vertragslaufzeit übereinstimmen.

Für jeden Bieter wird unter Anwendung der folgenden Formel die Zuschlagskennzahl Z ermittelt:

$$Z = WP / L$$

Hierbei sind WP = Der Wertungspreis des Angebots

L = Die ermittelte Leistungspunktzahl des Angebots

Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot mit der **kleinsten Zuschlagskennzahl Z**.

8. Weitere vergaberechtliche Hinweise

Erfüllungsorte

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA):

Nöldnerstraße 40-42
10317 Berlin

Die Vergabestelle fordert vor Zuschlagserteilung von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter folgende Originalunterlagen **mit einer Frist von maximal 4 Werktagen** an:

- **Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung bzw. Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung** gem. Ziff. III Nr. 3 der Anlage 6 (Eigenerklärungen und Unternehmensangaben)

Hinweis für den Bieter

Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV).

Unabhängig hiervon findet die Informations- und Wartepflicht gemäß § 134 GWB Anwendung.

Für die Erstellung des Angebotes wird keine Entschädigung gewährt.

9. Nachprüfbehörde

Rügen wegen erkannter Vergabeverstöße sind über die Vergabeplattform gegenüber der Vergabestelle nach [§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB](#) innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen zu erheben.

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die in der Auftragsbekanntmachung und/oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gerügt werden, [§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 und 3 GWB](#). Dies gilt insbesondere auch für im Verlaufe des Vergabeverfahrens erfolgte Änderungen an der Auftragsbekanntmachung und/oder den Vergabeunterlagen.

Ergänzend wird auf [§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB](#) hingewiesen. Hiernach ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung vergangen sind, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

Ein Antrag auf Nachprüfung gemäß § 160 ff GWB ist schriftlich zu richten an die

Vergabekammer beim
Bundeskartellamt des Bundes
Bundeskanzlerplatz 2-10
53113 Bonn

Tel.: +49 - 228 - 9499 - 0

Fax: +49 - 228 - 9499 - 163

E-Mail: poststelle@bundeskartellamt.bund.de (nur für informelle Kontakte)

Internet: www.bundeskartellamt.de

II. VERTRAGSBEDINUNGEN

1. Gesetze und Verordnungen in der bei Vertragsschluss jeweils gültigen Fassung

- Bürgerliches Gesetzbuch (§§ 631 ff. BGB)
- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Bundeshaushaltsordnung (BHO)
- Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV)

2. Vertragsbestandteile werden:

- Vertrag über forschungsbasierte Leistungen
- Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung, ggf. Antworten auf Bieterfragen
- Angebot des Bieters
- Angebotsformular
- Gliederung Projektangebot mit dem Kostenplan
- ZAV-Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)
- Ggf. Ergänzende und Besondere Vertragsbedingungen
- Verordnung über Preise (VO PR 30/53):

https://www.gesetze-im-internet.de/preisv_30_53/PreisV_30_53.pdf

- Ggf. Datenschutzrechtliche Zusatzvereinbarung
- DSGVO Information
- Ggf. Fremdfirmenordnung der BAuA unter (<https://www.baua.de/DE/Die-BAuA/Ausschreibungen/Ausschreibungen>)
- Ggf. Ergänzende und Besondere Vertragsbedingungen
- Ggf. Geheimhaltungsvereinbarung (en)

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen.

Das beigefügte Vertragsmuster dient der Kenntnisnahme und ist **nicht** auszufüllen und zu unterschreiben. Nach Zuschlagerteilung wird der Vertrag (deklaratorische Bedeutung) abschließend ausgefertigt.

Der Auftrag kommt mit der Zuschlagserteilung zustande.